



SPD will mehr Gerechtigkeit in Niedersachsen

! Zum Beispiel das ganze Thema Bildung: Da schaltet die Regierung aus purer Ideologie auf stur. Kultusminister Busemann pocht darauf, dass es drei Begabungen unter Schulkindern gibt und entsprechend auch drei unterschiedliche Schulformen - Hauptschule, Realschule und Gymnasium. Das ist eine falsche Vorstellung. Außerdem: Immer mehr Hauptschulen sind in ihrem Bestand gefährdet, weil die Eltern ihre Kinder nicht mehr dorthin schicken wollen.

? Herr Jüttner, in gut zehn Monaten findet die Landtagswahl statt. Sind Sie gut gerüstet?

! Auf jeden Fall. Die niedersächsische SPD und ich als Spitzenkandidat sind angriffslustig. Es ist uns wichtig, dass in diesem Land endlich wieder Politik für alle Menschen gemacht wird. Daher auch unser Slogan Niedersachsengerechter.

? Was läuft denn Ihrer Meinung nach unter der jetzigen Regierung schief?

? Wie sieht denn Ihr Konzept aus?

! Wir setzen auf eine stärkere Förderung für alle Kinder und auf eine intensive Beratung der Eltern. Dazu gehören Familienzentren für die Beratung, eine verbesserte Gesundheitsvorsorge aber vor allem eine frühe Förderung bereits im Kindergarten. An der Stelle hat die

CDU-Regierung jetzt auf unseren Druck reagiert und ein Kindergartenjahr freigestellt. Für die Kinder ab sechs Jahren setzen wir auf eine gemeinsame Beschulung aller Kinder bis zum 10. Schuljahr - die Gemeinsame Schule.

? Geht der gemeinsame Unterricht denn nicht zulasten der Leistungstärkeren?

! Natürlich müssen Schülerinnen und Schüler individuell gefördert werden. Dann werden sich ihre Stärken auch besser entwickeln. Aber auch Schülerinnen und Schüler, die im 5. und 6. Schuljahr noch nicht so gut lernen können später stark werden. Auf der Hauptschule haben sie dann keine Chance mehr auf einen höheren Abschluss.

? Welche weiteren Schwerpunkte gibt es bei Ihnen im Wahlkampf?

! Das Thema Qualifizierung spielt bei uns eine zentrale Rolle: Wir fordern ein Recht auf Ausbildung für Jugendliche. Außerdem treten wir für die Abschaffung der Studiengebühren ein. Die niedersächsische Wirtschaft wollen wir durch gesteigerte Investitionsmittel ankurbeln. Und besonders am Herzen liegt uns auch, dass das Land sich nicht wie von der Regierung geplant komplett aus der Raumordnung zurückzieht. Es darf nicht sein, dass es sich zukünftig ausschließlich im Konkurrenzkampf zwischen Landkreisen oder Kommunen entscheidet, wie teuer etwa Abwasserbeseitigung ist oder wo welcher Kindergarten gebaut wird. Hier muss das Land gewisse Spielregeln vorgeben, wenn es keine Verlierer geben soll.

Internationaler Frauentag

Am 8. März 2007 wurde - wie jedes Jahr - der internationale Frauentag gefeiert. Im Gemeindehaus am Markt wurde ein umfangreiches Programm vor großem Publikum aufgeführt.

Schon sehr lange kämpfen die Frauen um ihre Rechte.

Die Situation heute: Die Gleichberechtigung ist zwar laut Gesetz vollzogen, wird aber in der Gesellschaft und im Berufsleben nicht überall angewandt. Auch heute noch haben Frauen 22 % weniger Einkommen, weniger Karrierechancen und weniger Alterseinkommen. Im Niedriglohn-Sektor beträgt der Frauenanteil 70%. Sie hätten das Recht, gegen diesen



Zustand zu klagen, nehmen es aber noch nicht in Anspruch. Frauen haben überwiegend eine bessere Schulbildung, was ihnen aber nichts nützt, da sie schlechtere Chancen in

ihrer weiteren Entwicklung haben.

In den 70er Jahren galt die Gleichberechtigung als vollzogen. Aber da bei einer Kindererziehung durch die Väter Familien-Einkommensverluste hingenommen werden müssten, weil eben die Männer immer noch mehr Geld verdienen, trägt die Last der Familienarbeit weiterhin zu einem Großteil die Frau.

Die AsF (die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen) führte einen Sketch auf. In diesem Sketch ging es um die Forderung der Mitarbeiterinnen der fiktiven „Molkerei Vechteschlamm“ auf Gleichberechtigung bei den Gehältern und den Beförderungen.

Kommentar:

Zweites Kreisgymnasium

Die Schulstrukturreform von CDU und FDP hat einen großen Druck in Richtung Gymnasium aufgebaut. Eltern und Schüler trauen den angeblichen Vorteilen des gegliederten Schulsystems nicht und schlagen den Weg Richtung Gymnasium ein. Fast 40% Gymnasialschüleranteil erfordern in der Grafschaft ein zusätzliches Angebot. Das wird durch ein zweites Gymnasium in Nordhorn möglich sein. Schon heute besuchen ca. 1600 Schüler das Gymnasium am Stadtring unter sehr schlechten Bedingungen mit Containern und einem geteilten Standort.

Die SPD fordert seit zwei Jahren ein zweites Gymnasium. Landrat Kethorn und die CDU Kreismehrheit haben die so wichtige Entscheidung unnötig lange hinausgezögert. Doch nun hat der Kreistag es endlich beschlossen.